



SACHSEN-ANHALT

Ministerium der Finanzen

Landtag von Sachsen-Anhalt, 12. September 2013

Pressestelle

**TOP: 1**

**Thema: Erste Beratung über den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2014 (Haushaltsgesetz 2014)**

Redebeitrag von Finanzminister

**Jens Bullerjahn**

Sperrfrist: Redebeginn  
Es gilt das gesprochene Wort!

---

**PRESEMITTEILUNG**

Editharing 40  
39108 Magdeburg  
Tel.: 0391/ 567-1105  
Fax : 0391/ 567-1390  
presse@mf.sachsen-anhalt.de  
[www.mf.sachsen-anhalt.de](http://www.mf.sachsen-anhalt.de)

## **Sachsen-Anhalt – selbstbewusst und gerecht!**

Anrede,

Ich möchte meine Einbringungsrede zum Haushalt 2014 mit einem Thema beginnen, das noch sehr viele Menschen in unserem Land beschäftigt.

Deshalb einige Worte zur verheerenden Juniflut und der nun laufenden Beseitigung der immensen Schäden. Uns allen ist der unermüdliche Einsatz der vielen Helferinnen und Helfer noch in Erinnerung. Wir alle werden die bewegende Solidarität mit den Menschen nicht vergessen, die Hab und Gut verloren haben. Inzwischen sind schon Hilfen in Höhe von mehr als 60 Mio. € an Betroffene ausgezahlt. Viele Experten und Helfer aus Kommunen, der Landesverwaltung und der Investitionsbank machen da einen guten Job. Mein Dank richtet sich heute an den Bund und die anderen Länder für die schnelle und großzügige finanzielle Unterstützung der letzten Wochen. Als das am schwersten betroffene Land bekommen wir mit rund 2,4 Mrd. Euro den größten Teil aus dem Aufbauhilfefonds. Es wird keine finanziellen Abstriche bei den Hilfen für alle Betroffenen geben. Weder für Privat-Haushalte noch für Kommunen, Unternehmen oder das Land Sachsen-Anhalt.

Und nun muss der Blick nach vorn gerichtet werden. Generell kann ich nach Gesprächen mit Umweltminister Aeikens sagen: Bis 2020 werden wir die Hochwasserschäden beseitigt und ein Konzept zur Vorsorge gegen neue Fluten in Sachsen-Anhalt auch umgesetzt haben! Aus heutiger Sicht reden wir von etwa 680 Mio. €. Davon sind bereits 410 Mio. € im Haushalt berücksichtigt. Über die noch ausstehenden 270 Mio. € sind wir mit der EU und dem Bund in guten Gesprächen. Als Land werden wir bis 2020 zusätzlich rund 25 Mio. € bereitstellen, da bin ich mir mit Ministerpräsident Reiner Haseloff und den Regierungsfractionen einig. Und wir werden das für die Umsetzung nötige Personal einstellen.

Ich bringe heute den Entwurf für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von gut 10 Milliarden Euro zur Beratung ein, der zwei zentrale Bedingungen erfüllt:

- Er wird helfen, die Zukunft des Landes und seiner Menschen weiter zu gestalten.
- Und er kommt ohne neue Schulden aus.

Beides ist wichtig, beides sind 2 Seiten ein und derselben Medaille.

Dieser Entwurf folgt einem Grundkonzept, welches wir aus Verantwortung für unser Land gemeinsam seit einigen Jahren verfolgen: Zukunftssicherung und Zukunftsentwicklung für die Menschen in Sachsen-Anhalt bei gleichzeitiger Konsolidierung der Finanzen des Landes und der Kommunen. Wir alle wissen doch, worum es geht: Die nächsten Jahre sind entscheidend für die Zukunft Sachsens-Anhalts. Das war auch der Grundgedanke für die Kabinettsvorlage vom März dieses Jahres, in der wir die Anforderungen schon klar beschrieben haben.

Wir entscheiden, ob unser Land es endgültig schafft, 2020 nach Auslaufen von Solidarität sowie Bundes- und EU-Förderung, aus eigener Kraft voran zu kommen. Oder ob uns ein weiter wachsender Schuldenberg erdrückt und nur Hilfe von außen uns politisch trägt. Wer jetzt den anstehenden Entscheidungen ausweicht, wird morgen automatisch weniger eigene Spielräume haben. Es geht um die Lebensperspektiven der Menschen in Sachsen-Anhalt – um nicht mehr und nicht weniger!

So ernst, aber auch so aussichtsreich ist das, was wir heute hier debattieren. Sachsen-Anhalt hat Potenzial und Rahmenbedingungen für eine dynamische Entwicklung, auch in den kommenden Jahren! Wir sind auf keinem Leidensweg, sondern mitten im Aufstieg! Aufstieg ist anstrengend, aber die Aussicht lohnt sich, je höher man kommt. Ich will dass wir weiter Kurs halten und uns für die nächste Etappe rüsten.

Worum geht es in den nächsten Wochen? Wir diskutieren über den vorliegenden HH 2014 sowie das dazugehörige Begleitgesetz und den Tilgungsplan. Wir diskutieren damit auch über den Einstieg in den Doppelhaushalt 2015/16. Wobei klar ist, dass wir über die Eckwerte – zum Beispiel im Sozial-Etat – noch einmal reden müssen. Denn nach den bisherigen Planungen fehlt für die meisten Sozial-Programme noch die nötige Ausfinanzierung. Und wir diskutieren natürlich auch über ein schlüssiges Finanzkonzept sowie über weitere Strukturveränderungen bis 2020 und die Zeit danach.

Kluge Strukturveränderungen sind Investitionen in mehr Effizienz und mehr Qualität. Und diese Qualitäts-Diskussion wird uns künftig viel mehr beschäftigen als die Frage, woher noch irgendwo zusätzliches Geld organisiert werden könnte.

Deshalb gilt: Was in den nächsten Jahren nicht vorbereitet und eingeleitet wird, kann nach Wegfall der Sonderprogramme für den Osten durch uns nur noch schwer oder gar nicht mehr realisiert werden. Dabei geht es um Vorschläge, liebe Kolleginnen und Kollegen, über die schon viel geredet wurde. Da liegt ja auch schon sehr viel gut Durchdachtes vor. Es ist doch nicht so, dass wir seit Jahren durch dichten Nebel irren und nicht wissen, wo es langgeht.

Ja, es gibt auch kritische Äußerungen und Konflikte innerhalb der Regierung und der Regierungskoalition. Aber bitte: Es ist eine schwierige Zeit, Lösungen sind nicht immer einfach und dafür gibt es selten Beifall. Ich finde es gut, dass wir um die beste Lösung streiten, ja auch beim Blindengeld! Da dürfen auch mal harte Worte fallen. Da muss Klartext geredet werden. Da bleiben leider auch gegenseitige Vorwürfe nicht aus. Ich weiß als langjähriger Abgeordneter, dass man da auch kritisch auf die Regierung schaut. Das muss man aushalten! Aber wichtig ist doch, dass wir wieder zusammenkommen und dass wir entscheiden!

Es ist auch gut, dass Parlament und Öffentlichkeit unsere Konzepte intensiv diskutieren. Nichts gegen kritische Debatten. Aber sie müssen sachlich bleiben. Dies gilt gerade für den heutigen Tag, der ja in die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes fällt. Ich werde heute aber keine Wahlkampfrede halten und bitte alle, über die Zukunft unseres Landes so konträr wie nötig, aber auch so verantwortlich wie möglich zu debattieren!

Alle in der Politik wollen nur das Beste für die Menschen. So sagt man. Dies genau zu definieren ist aber nicht so einfach. Nach einer FORSA-Umfrage aus dem Frühjahr wollen zwei Drittel der Deutschen einen starken Staat, der sie im Alter, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit gut versorgt. Soweit so gut! Gleichzeitig sind 80 Prozent der Meinung, dass der Staat aber zu viel Geld ausbebe. Und fragt man, wo zukünftig mehr ausgegeben werden soll, dann wollen klare Mehrheiten, dass für Schulen, Universitäten, Renten, Polizei, Personennahverkehr, Freizeitangebote, sowie für Straßen und Sozialleistungen genau soviel oder gar mehr ausgegeben wird. Wer will das nicht? Ich kann dies alles verstehen! Aber nirgendwo werden Einspar-Möglichkeiten gesehen! Mehr Leistungen, ja, aber keine Einsparungen und schon gar keine Steuer-Erhöhungen, die in der Umfrage ebenfalls abgelehnt werden. Dieses Meinungsbild ist erkennbar paradox. Im Privaten würde das fast jeder sofort einsehen. Aber es zeigt das Denken einer Vergangenheit in Deutschland. Gesellschaftliche Probleme wurden wegen mangelnden Durchsetzungs-Vermögens der Politik und zu großen Lobbyismus immer durch mehr Geld gelöst!

Dadurch haben sich Bund, Länder und Gemeinden bis in eine unvorstellbare Dimension von über 2 Billionen Euro immer weiter verschuldet. Aus diesem einfachen Grund hat die Politik – und hier war es besonders die Finanzpolitik - eine Selbstbeschränkung erfunden, die Schuldenbremse. Man kann nicht staatliche Leistungen wie in Skandinavien und gleichzeitig relativ niedrige Steuern wie in Deutschland haben. Das geht nicht auf! Genau an diesem Punkt haben wir in Sachsen-Anhalt vor einigen Jahren mit dem begonnen, was ich „gestaltende Finanzpolitik“ nenne. Dafür steht auch dieser Haushalt.

„Gestaltende Finanzpolitik“ folgt Prinzipien, die vielleicht etwas technokratisch klingen, aber deshalb nicht falsch sind:

- Wir müssen Prioritäten setzen, langfristig planen und offen sein für Veränderungen – über Wahlperioden hinaus.
- Wir müssen immer wieder die Effizienz unserer Entscheidungen hinterfragen.
- Anders gesagt: Wir müssen entscheiden, was uns am Wichtigsten ist. Wir müssen auch offen darüber reden, worauf wir verzichten können!

Das sind die Prinzipien, denen unsere Politik seit 2006 folgt, und die den Planungen bis 2020 zugrunde liegen. Aber wir haben auch Werte, an denen wir unsere Entscheidungen ausrichten. Wenn es um Veränderungen geht, ist neben Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit gerade soziale Gerechtigkeit ein sehr wichtiger Wert. Mir werden da die meisten hier im Hohen Hause zustimmen: Gerade Veränderung braucht Gerechtigkeit, um akzeptiert und mitgetragen zu werden. Gerechtigkeit kann niemals bedeuten, es allen recht zu machen. Gerechtigkeit ergibt sich vielmehr aus der fairen Verteilung von Chancen, von Teilhabe-Möglichkeiten und natürlich auch von unvermeidlichen Lasten. Dies gilt für die heute Lebenden, aber auch mit Blick auf die kommenden Generationen.

Ich kann manchmal nur den Kopf schütteln über die Art und Weise, wie die politische und öffentliche Debatte in den letzten Monaten geführt wurde. Da wird oft nur von Sparmaßnahmen, von Sparpolitik und vom Sparkurs geredet. Ich will die Diskussionen nicht weiter zuspitzen. Ministerpräsident Reiner Haseloff und ich sind uns einig: Wir müssen immer wieder die jeweils anstehenden Probleme des Landes anpacken. Wir müssen immer wieder Entscheidungen fällen, wir müssen Lösungen finden. Das ist viel mehr als Sparen, das ist Gestalten!

10 Mrd. € sind viel Geld, 21 Mrd. € Schulden eine schwere Hypothek, 600 Mio. € Zinsausgaben jährlich fehlen für Investitionen in die Zukunft. Übrigens: Es dauert Jahrzehnte, diese Schuldenlast abzutragen. Wenn wir es schaffen – und das wird schwierig genug – 300 Mio. € jährlich zu tilgen, dann wären wir nach über 70 Jahren schuldenfrei. Da bin ich sprachlos, wenn der Magdeburger OB uns warnt, dass wir unsere Schuldenlast nicht schon in fünf Jahren abtragen sollen.

Wir setzen mit unserem Entwurf für den Haushalt 2014 politische Schwerpunkte, initiieren immer wieder Entwicklungen! Deshalb lasse ich mir von niemandem unterstellen, dass ich nur Sparen will und nicht an die Zukunft denke! Natürlich kann ich mir nicht aussuchen, unter welchen Schlag-Worten eine politische Debatte geführt wird. Ich räume auch ein, gelegentlich zu ungeduldig und manchmal zu wenig werbend agiert zu haben. Ja, und vielleicht müssen wir, muss ich, noch mehr erklären, warum die Überlegungen der Landesregierung so sind wie sie sind.

Reden wir über die Zukunft, aber akzeptieren wir bitte auch Auswirkungen von Bevölkerungsveränderungen. Sachsen-Anhalt verliert nach Prognosen von 1990 bis 2020 ein Drittel seiner Einwohner, das gab's noch nie in Europa. Dabei wiegt der dramatische Geburtenrückgang am schwersten. Beachten wir auch die finanzpolitischen Rahmenbedingungen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Und trotzdem dürfen wir unseren Gestaltungswillen nie aufgeben! Reden wir also über politisches Gestalten. Reden wir darüber, wie wir unser Land nach vorn bringen und worauf verzichtet werden muss, wenn das Geld nicht reicht. Führen wir gemeinsam eine Zukunftsdebatte. Reden wir mehr mit- als übereinander. Denn natürlich ist klar: Die Haushaltskonsolidierung ist nicht das Ziel, sondern Mittel zum Zweck, Sachsen-Anhalt voranzubringen! Wenn wir über die Zukunft des Landes reden, müssen wir dafür sorgen, dass es bei den Veränderungen auch gerecht zugeht. Ich denke, der vorliegende Haushalt zeigt, dass dies möglich ist. Das will ich an zentralen Politikfeldern aufzeigen, auf die ich jetzt eingehe.

Ich beginne mit der Frage, was wir für unsere Landeskinder tun. Genauer gesagt, wie wir allen Kindern eine gleichwertige Bildung und gute Betreuung sichern. Sie werden mir zustimmen, dass man damit bei den Kleinsten beginnen muss, weil sich Lebenswege früh entscheiden – eine Binsenweisheit. Mir geht es darum, dass möglichst jedes Mädchen und jeder Junge in Sachsen-Anhalt faire Startbedingungen für eine bestmögliche schulische und berufliche Ausbildung auf ihrem Lebensweg haben. Es darf nicht zuallererst vom Geldbeutel der Eltern oder der Region, in der man lebt, abhängen, ob jemand Abitur machen oder ein Studium aufnehmen und damit im Berufsleben erfolgreicher sein kann.

Entscheidend für mich ist, dass die Kinder der alleinerziehenden Mutter im Mansfelder Land ebenso große Chancen haben wie die Kinder von Professoren oder Politikern in den großen Städten. Dies ermöglicht man nicht erst an der Uni oder im späteren Berufsleben, sondern in der Kita und in der Schule. Der Münchner Wirtschaftsprofessor Ludger Wößmann hat dies drastisch formuliert: Zitat: „Man ermöglicht einem Menschen eine maximale persönliche Freiheit durch die Bildung, die er bis zu seinem 18. Lebensjahr genossen hat. Wenn die Entscheidungen vorher falsch getroffen wurden, ist der Zug für diesen Menschen abgefahren.“ Zitat Ende.

In den 90er Jahren schafften es nach einer Studie des DIW noch 70 Prozent der Westdeutschen, sich aus der untersten Einkommensschicht nach oben zu arbeiten. Zwischen 2006 und 2009 gelang dies im Westen gerade noch 52 Prozent, im Osten sogar nur 45 Prozent. Schon ist vom Ständestaat die Rede. Ich sage ganz deutlich: Soziale Gerechtigkeit fängt für mich in der Kita an!

Es war und bleibt absolut richtig, lieber Norbert Bischoff, dass wir mit dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bis zur sechsten Klasse die bundesweit weitest gehende Regelung in unserer Koalitionsvereinbarung getroffen haben. Und seit August gilt ja nun der Anspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder. Einige meinen, dass man in diesem Bereich sparen könne, weil wir ja schon die bundesweit beste Kinderbetreuung haben. Das ist für mich kurzsichtig, damit würden wir einen klaren Standortvorteil für Sachsen-Anhalt aufgeben! Deshalb werden wir im Haushalt 2014 die Zuschüsse für die Kinderbetreuung um 18 Mio. Euro erhöhen. Das ist gut angelegtes Geld. Und - das ist das glatte Gegenteil von Sparen! Weil ich gerade bei Geld für Betreuung und Bildung bin, lassen Sie mich einen Blick in die Zukunft werfen. Jörg Dräger von der Bertelsmann-Stiftung und früherer Wissenschaftssenator unter von Beust in Hamburg, stellte Folgendes fest:

Zitat: „Es ist Wahnsinn. Bis zu 600 € im Monat müssen für einen Krippenplatz gezahlt werden, aber 87 € Studiengebühren gelten als sozial unverträglich. Unsere Bildungsfinanzierung steht auf dem Kopf“. Zitat Ende.

Ich sage dazu: Ja, es wäre in der Tat gerecht und konsequent: Wenn keine Studiengebühren, dann auch keine Kita-Gebühren! Aber ich sage auch gleich, was das kostet: Wenn das Land den von der Bertelsmann-Stiftung geforderten Betreuungsschlüssel von 1:3 in der Krippe und 1:7,5 in Kindergarten und Hort einführen und sämtliche Kosten übernehmen würde, dann wären das 800 bis 900 Mio. € pro Jahr. Im HH 2014 planen wir für die Kinderbetreuung jährlich 223,5 Mio. €. Also stellt sich doch die Frage: Wie kann eine Summe von rund 900 Millionen Euro aufgebracht werden? Sachsen-Anhalt oder andere Länder allein werden das nicht schaffen. Das schafft auch keine noch so ambitionierte Haushalts-Konsolidierung – keine Angst...Es wäre machbar, wenn wir die Familien-Förderung des Bundes völlig neu strukturieren. Oder durch Steuererhöhungen. Die aber werden – wie eingangs erwähnt - von den meisten Menschen abgelehnt.

Kommen wir von den Kitas zu den Schulen. Hier ging es in den Debatten der letzten Wochen und Monate zunächst mal um eine optimale Unterrichts-Versorgung. Und an diesem Punkt stelle ich ganz schlichte Fragen: Benötigen wir für die guten Ergebnis-

se, die wir in den letzten Jahren im Ländervergleich erzielen konnten, wirklich eine so große Zahl von Klein- und Kleinstschulen? Sind in Klassen mit 23 oder 24 Schülern nicht ebenso gute Ergebnisse wie in Klassen mit 13 oder 14 Schülern möglich?

Unsere Antworten - da bin ich mir mit dem Kultusminister einig - sind eindeutig: Wir sind davon überzeugt, dass wir unser Bildungssystem wirtschaftlicher gestalten können, ohne auf Bildungsqualität zu verzichten. Und wir gehen davon aus, dass wir mit den vorhandenen Ressourcen noch viel mehr tun können, um die Potentiale unserer Kinder und Jugendlichen zu fördern. Deshalb sage ich: Auch an den Schulen sind Strukturveränderungen notwendig und absolut vertretbar. Niemand kann jede kleine Schule offen halten und so tun, als würden Anpassungen, die es in jedem Bundesland bereits gab, um Sachsen-Anhalt einen Bogen machen. Und um auch an dieser Stelle das Gerede vom brutalen Sparkurs zu widerlegen: Das Kabinett hat entschieden – nach Gesprächen zwischen Stefan Dorgerloh und mir - in diesem Jahr 120 Lehrkräfte mehr einzustellen als ursprünglich vorgesehen, also insgesamt 340. Das ist das glatte Gegenteil von Kaputt-Sparen!

Ebenso wichtig wie die Unterrichtsversorgung ist, dass wir neue Schulformen wie die Gemeinschaftsschule zwar nicht vorschreiben, aber nachhaltig anbieten. 13 Schulen sind als Gemeinschaftsschulen bereits am Start. Für das kommende Schuljahr liegen schon weitere 15 Anträge vor. Die Gemeinschaftsschule und das Gymnasium werden im nächsten Jahrzehnt gleichberechtigt unsere Schulstruktur prägen - sicher beide mit Ganztags-Anspruch. Durch die Einbindung der bisherigen Förderschulen wird so auch die Inklusion gelingen. Neue Beförderungskonzepte werden die Schulwege für die Kinder optimieren. Wenn dies umgesetzt wird, sind mehr Geld und mehr Personal nötig. Dafür brauchen wir die finanzielle Hilfe des Bundes. Gerade auch deshalb ist das Kooperationsverbot des Bundes überhaupt nicht mehr zeitgemäß. Darüber müssen wir nach der Bundestagswahl reden.

Zur Schule der Zukunft gehört auch die Schul-Sozialarbeit. Wir konnten an Schulen, an denen wir Sozialarbeit anbieten, die Zahl der Abbrecherquote deutlich verringern. Hier wird es keinen Bruch in der Finanzierung geben. Das Geld – bis 2015 für Schulsozialarbeit rund 1,8 Mio. € - wird kommen. Dazu mache ich noch während der Beratungen zum Haushalt einen Vorschlag. Einen wichtigen Platz im Bildungskonzept haben natürlich auch die Berufsschulen. Denn sie sind mit entscheidend für gut ausgebildete Jugendliche.

Wir haben Wort gehalten. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, werden wir alle Schulen und Kitas, die Bestand haben, vorbildlich sanieren und topmodern ausstatten. Für STARK III stellen wir mit Hilfe der EU über 600 Mio. € bereit. Schon in der laufenden Förderperiode sind es insgesamt 154 Mio. €. 107 Projekte – also Kitas und Schulen - werden bis 2014/15 umgesetzt. Dieses Programm ist in Europa einzigartig und das Gegenteil von Sparen.

Kommen wir von Kita und Schule zur Hochschule und damit zu Lehre und Forschung. Zunächst einige Worte an dieser Stelle zu den Auseinandersetzungen über die Zukunft unserer Hochschulen. Dort gibt es Veränderungsbedarf. Ich habe daraus nie einen Hehl gemacht! Dies hatte bereits im Frühjahr zu Protesten geführt. Manche

Kritik kam gerade von Verantwortlichen, die die Probleme seit Jahren kennen. Und das intern auch einräumen.

Für die Empörung seit vergangener Woche nach Auftauchen eines Arbeitspapiers aus dem MW habe ich Verständnis. Auch ich habe mich geärgert, als ich von diesen so genannten Vorschlägen gehört habe. Denn dort war die Rede ausschließlich von Schließungen und Personalkürzungen: Das ist kein Konzept. Ich weiß, dass nach der Debatte und der Empörung um das besagte Papier derzeit kaum rational über solch schwierige Entscheidungen geredet werden kann. Deshalb stehen die 50 Mio. € als Einsparziel bei Bauprojekten, Großgeräten, Strukturen und Personal in der Diskussion. Klar ist aber: Alles, was nicht erreicht wird, muss an anderer Stelle künftiger Haushalte erwirtschaftet werden. Es geht um Profilierung, ja auch unter Druck einer Haushalts-Konsolidierung. Wir reden immerhin über 600 Mio. € Gesamt-Ausgaben in diesem Bereich. Ich wollte und will eine grundlegende Reform, die Investitionen, Personalkosten und Zielzahlen erfasst.

Es geht um eine effektive Hochschulstruktur, zu viele Klein-Studiengänge, das ungenügende Einwerben von Drittmitteln. Es geht um Investitionsstau, ja auch um strukturelle Defizite, speziell an der Uniklinik Halle. Dies alles hat doch auch der Wissenschaftsrat aufgezeigt. In seinem Gutachten ist nachzulesen, dass wir seit 2006 die Wissenschaftsförderung insgesamt um rund 100 Mio. Euro aufgestockt haben. Allein die Zuweisungen für Unis und Hochschulen (ohne Medizin) haben sich laut WR von rund 285 Mio. € in 2006 auf ca. 320 Mio. in 2013 erhöht. Und 2014 werden es 328 Mio. sein, weil wir eine zweiprozentige Tarifsteigerung bereits eingeplant haben. Da kann doch keiner ernsthaft von Kaputtsparen reden!

Wir alle wissen: Eine Profilierung der Hochschulen ist ohne Veränderungen nicht möglich. Deshalb brauchen wir das Hochschul-Konzept, das Wissenschafts-Minister Möllring bis Ende des Jahres vorlegen wird. Urteilen Sie aber erst dann, wenn der Name Möllring unter dem Konzept steht und es im Kabinett und in der Koalition besprochen wurde! Sachsen-Anhalt hat nach Größe und Einwohnern den größten Kulturreichtum Deutschlands, und zwar über- wie unterirdisch. Jeder, der bei uns zwei Meter tief gräbt, muss damit rechnen, dass sofort Harald Meller hinter ihm steht und historische Schätze zutage fördern will. Neulich kam aus Süddeutschland mal die Empfehlung, Sachsen-Anhalt aufzulösen, weil es seinen Kulturreichtum sowieso nicht finanzieren könne und am Tropf des Bundes hänge. Wenn es danach ginge, wäre Berlin sicher lange vor uns dran mit der Auflösung. Aber im Ernst: Wir stellen uns natürlich den Verpflichtungen, die ein so reiches Kulturerbe und eine lebendige Gegenwartskultur mit sich bringen. Der Kulturerbeetat 2014 umfasst 86 Mio. Euro. Darüber hinaus – also zusätzlich - investieren wir für:

- das Reformationsjubiläum insgesamt 75 Mio. Euro
- den geplanten Neubau eines Ausstellungszentrums für das Bauhaus in Dessau bis zu 12,5 Mio. Euro
- die durchgreifende Sanierung der Historischen Kuranlage und des Goethe-Theaters Bad Lauchstädt 6 Mio. Euro.

Das ist das Gegenteil von blindwütigem Sparen!

Gelegentlich kommt da der Einwand, wir finanzierten teure Vorzeige-Projekte, während die Theater in Halle, Dessau und Eisleben sterben würden. Aber bleiben wir auch hier bitte bei den Fakten. Bei den Theatern geht es um Strukturveränderungen, über deren Notwendigkeit schon seit Jahren geredet wird. Nicht nur in der Politik, auch von Verantwortlichen der Häuser und der Träger. Ich will mich in die Verhandlungen nicht einmischen. Aber ich rate sehr davon ab, den Status quo zu verteidigen. Wenn wir auch hier zu effektiveren dauerhaften Strukturen kommen, dann kann auch bei der Landesförderung die anteilige Tarifierhöhung für die Beschäftigten einplant werden – die so oft geforderte Dynamisierung. Das Geld dafür, das sage ich zu, gibt es zusätzlich zum Eckwert, also obendrauf. Dann brauchen die Theater auch keine Haustarife mehr. Aber zuerst müssen die Strukturen diskutiert werden.

Ich komme von der Kinderbetreuung über die Schulen, Hochschulen und die Kulturförderung zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Schaffung gut bezahlter Arbeit in Sachsen-Anhalt. Das ist das zentrale Thema der allermeisten Menschen. Nicht nur wir stehen mitten in einem Paradigmenwechsel am Arbeitsmarkt. Ich weiß, dass wir heute noch eine zwar sinkende, aber immer noch zu hohe Arbeitslosigkeit haben. Und dies wird sich für einen bestimmten Teil von Arbeitslosen nicht so schnell ändern. Trotzdem ist auch Sachsen-Anhalt bereits auf dem Weg zur Vollbeschäftigung – wie alle anderen Bundesländer. Schon heute suchen viele Mittelständler händeringend geeignete Azubis und Fachkräfte. Schon heute beklagen sich viele Betriebe über unzureichende Voraussetzungen von Schulabgängern. Dies kann zum Investitionshemmnis werden!

Die gute Nachricht dabei ist: Schon in naher Zukunft werden alle gut qualifizierten Arbeitnehmer auch einen Job bekommen. Da geht es übrigens auch um Gleichstellung – Frauen dürfen im Arbeitsleben nicht benachteiligt werden. Dafür haben wir gute Konzepte. Aber es gibt zwei große Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen und da schließt sich der Kreis zu Schule und Uni: Wir brauchen besser ausgebildete Schulabgänger und Absolventen. Und wir müssen uns dem immer schärferen Wettbewerb um Fachkräfte stellen, der zwischen deutschen und europäischen Ländern längst begonnen hat und hart geführt wird.

Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Fachkräfte nicht länger nach Bayern, Niedersachsen oder Hessen abwandern! Sondern die, die wir hier ausbilden, sollen auch im Land bleiben. Was müssen wir über die verbesserte Ausbildung hinaus tun, um dem Wandel am Arbeitsmarkt gerecht zu werden? Ich nenne 4 Punkte:

1. Sachsen-Anhalt muss sich weiter zu einem dynamischen Innovationsland entwickeln. Deshalb ist es wichtig, dass das MW in Kürze unsere Regionale Innovationsstrategie 2014 bis 2020 vorlegen wird.
2. Wir werden gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und weiteren Partnern unseren gut ausgebildeten, motivierten Landeskindern attraktive Job-Angebote mit Perspektive in Sachsen-Anhalt unterbreiten, in Unternehmen wie im Öffentlichen Dienst. Übrigens: Zeitverträge sind nicht die Zukunft!
3. Wer hier bleiben oder zu uns kommen soll, muss hier auch gut verdienen können. Bei uns verdient man derzeit etwa 300 Euro netto weniger als in den Spit-

zenländern Bayern oder Baden-Württemberg. Diese Unterschiede müssen abgebaut werden!

4. Der Schlüssel für Wachstum und gute Arbeit sind Investitionen. Vor allem in innovative Unternehmen, in denen man gut verdient. Deshalb werden wir im HH 2014 auch alle Drittmittel binden. Damit stehen für das kommende Jahr rund 1,3 Milliarden € für Investitionen zur Verfügung.

Das ist das glatte Gegenteil von Sparen!

Viel erreicht haben wir bei der Infrastruktur, die inzwischen ein Standortvorteil ist. Rund 60 Prozent unserer Landesstraßen haben wir in den letzten 21 Jahren auf Vordermann gebracht. Das sind immerhin 2.400 Kilometer. Hinzu kommen noch 2.600 Kilometer Autobahnen und Bundesstraßen. Thomas Webel kann sich sicher noch mehr vorstellen und verhandelt darüber auch mit dem Bund. Da ist uns beim Thema „Entflechtungsmittel“ auch schon einiges gelungen. Aber nicht nur Straßen, Brücken, Wege, Stadtumbau und Dorferneuerung gehören zur Infrastruktur, sondern längst auch moderne und leistungsfähige Datennetze. Deshalb werden wir wie geplant das Landesdatennetz für etwa 240 Mio. € grundlegend erneuern und auf den neuesten Stand bringen. Nutznießer sind das Land, die Kommunen sowie sämtliche bestandsfähigen Schulen. Gerade in den Schulen können wir so digitale Bildungsmöglichkeiten einführen, die man oft unter der Überschrift „Klassenzimmer der Zukunft“ zusammenfasst. Gegenwärtig befinden wir uns bei der Erneuerung des Landes- Datennetzes im Vergabeverfahren. Da kann von Sparen nun wirklich keine Rede sein! Zur Klarstellung: Völlig unabhängig von der Ausschreibung und der Vergabe brauchen wir einen leistungsfähigen Dienstleister, vor allem für unsere Fachverfahren. Wir müssen die Entscheidung zu Dataport jetzt treffen. Ich denke, dass wir da auf einem guten Weg sind.

Ich komme zum 4. Schwerpunkt des Konzepts für Sachsen-Anhalt, dem Bündnis für starke Kommunen. Eines ist klar: Das Land kommt nur voran, wenn es seinen Kommunen gut geht. Deshalb wollen wir attraktive und weitgehend schuldenfreie Kommunen. Davon träumen viele Kämmerer in Deutschland – gerade im Westen.

Die Kassenkredite unserer Kommunen sind zwar von 2008 bis 2012 um 12 Prozent gestiegen, im Bundesdurchschnitt aber sogar um 50 Prozent. Aber wir konnten die Gesamtverschuldung unserer Kommunen von 2007 bis 2011 um über 600 Mio. Euro abbauen. Das Teilentschuldungsprogramm Stark II ist nachweislich erfolgreich. 182 von 189 antragsberechtigten Kommunen sind inzwischen teilentschuldet. Da reden wir von einem Volumen von insgesamt 1,2 Mrd. Euro. Und das neue FAG mit der verstaatlichten Investitions-Pauschale umfasst knapp 1,6 Milliarden € in 2014. Jetzt geht es um „Hilfe zur Selbsthilfe“ für jene Kommunen, die es auch mit diesem Programm nicht schaffen. Dabei steht vor allem der Abbau der Altfehlbeträge an. Genau dafür halte ich auch das STARK IV-Programm für zwingend. Den Startschuss wird das Kabinett mit dem Doppelhaushalt 2015/16 geben. Im Herbst werden wir gemeinsam mit Holger Stahlknecht Gespräche aufnehmen und dann ein Konzept auf den Tisch legen. Trotz aller Hilfen müssen die Kommunen ihre Probleme natürlich auch selbst lösen. Es geht um immer noch zu hohe Personalkosten und, im Vergleich zu anderen Städten, auch um nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten bei Steuern und Gebühren. Auch dafür werden wir gemeinsam mit dem Innenministerium Lösungen bei der Begleitung dieser Konsolidierung finden.

FAG zur Finanzierung, STARK II zum Abbau der Kernschulden, STARK III zur Sanierung der Kindergärten und Schulen, STARK IV zum Abbau zu hoher Kassenkredite sowie Stabilitätsrat und Finanzmonitor sind deutschlandweit in dieser Struktur einmalig. Hier hat die Koalition ein Konzept vorgelegt, das in anderen Bundesländern Anerkennung findet – darauf können wir auch mal stolz sein!

Da ich schon einiges zum Schuldenabbau gesagt habe, fällt der Übergang zum 5. und für heute letzten Schwerpunkt nicht schwer. Noch mal grundsätzlich: Konsolidierung ist kein Selbstzweck, sondern das probate Mittel, um die finanzielle Eigenständigkeit des Landes und die Lebensperspektiven heutiger und kommender Generationen zu sichern. Und eines möchte ich unterstreichen: Wir fangen nicht bei Null an. Sondern wir kommen mit den heute vorgelegten Entwürfen von Haushalt und Haushaltsbegleitgesetz ein weiteres Stück voran! Erlauben Sie mir einen nautischen Vergleich: Wir müssen das Ruder nicht herumreißen, aber Kurs halten!

Ich will das mit einer Zahl untermauern: Noch 2005 betrug die Netto-Kreditaufnahme fast eine Milliarde Euro. Und schon 2012 konnten wir erstmals in der Geschichte des Landes Schulden tilgen. In acht Jahren von einer Milliarde neue Schulden ins Plus. Das meine ich mit dem „richtigen Kurs“! Auch in diesem Jahr werden wir weitere Schulden abbauen! Wir brauchen spätestens 2020 eine Tilgung von 300 Mio. € jährlich, um die Pro-Kopf-Verschuldung nachhaltig zu senken. Für 2014 haben wir bisher nur deshalb noch keine Tilgung und keine weiteren Rücklagen eingeplant, weil wir Anfang Juli noch nicht wussten, welche Kosten auf uns wegen der Beseitigung der Flut-Schäden zukommen. Ich warte nun die November-Steuerschätzung ab. Und sollte die günstig ausfallen, wofür einiges spricht, dann werde ich dem Landtag noch während der Haushaltsberatungen einen Vorschlag zum weiteren Auffüllen des Pensionsfonds, der Steuerschwankungsreserve sowie zur Tilgung unterbreiten. Der noch zu diskutierende Tilgungsplan zum Abbau der Schulden aus 2010/2011 zwingt uns dazu.

Lassen Sie mich auf die angesprochene Schwankungsreserve kurz eingehen. Ich höre immer wieder, es sei falsch, bei so hohen Schulden noch etwas anzusparen. Das Gegenteil ist richtig! Jede langfristige Finanzplanung muss von Einnahmeerwartungen ausgehen, die immer schwerer zu schätzen sind, je weiter sie in der Zukunft liegen. Die ganze Haushaltskonsolidierung ist eine Konstruktion, die langfristig nur trägt, wenn kein zentraler Pfeiler weg bricht. Und da gibt es Risiken! Vor allem Wirtschaftskrisen, wie wir sie erlebt haben und immer wieder erleben werden. Wir müssen es schaffen, dass die Haushalte von Land und Kommunen unabhängig von Konjunktur-Schwankungen werden! Solche Krisenresistenz werden wir aber erst bei einer Reserve von mindestens 500 Millionen Euro erreichen. Das gewiss nicht reiche Mecklenburg-Vorpommern zeigt uns, dass wir das schaffen können. Dort gibt es heute schon eine Reserve von einer Milliarde Euro. Das ist erstaunlich!

Wir liegen zurzeit erst bei 55 Mio., 2013 werden 20 Mio Euro zugeführt. Daran sieht man, dass wir uns keineswegs zurückzulehnen dürfen. Wir brauchen dauerhaft Überschüsse, die wir für Tilgung und Vorsorge verwenden.

Aber, auch das ist mir wichtig zu sagen: Die bisherige Konsolidierung geht gut voran. Durch den niedrigen Zinskurs der EZB und die Tatsache, dass uns Rating-Agenturen wegen der Konsolidierung inzwischen sehr gut einstufen, konnten wir die Zinsausgaben erheblich senken. Sie werden von über 900 Mio. Euro im Jahr 2007 auf voraussichtlich 638 Mio. Euro in diesem Jahr sinken. 2014 rechnen wir mit Zins-Ausgaben in Höhe von etwa 600 Mio. Euro. Allein dadurch ergeben sich für uns erhebliche finanzielle Spielräume, die noch größer werden durch Personalabbau und Strukturanpassungen.

Dass unser finanzpolitischer Kurs richtig ist, belegen auch der Bericht an den Stabilitätsrat in Berlin und der Fortschrittsbericht Sachsen-Anhalt. So konnten wir das strukturelle Defizit in unserem Haushalt von 670 Mio. € in 2010 auf voraussichtlich 0 € in 2013 absenken. Und erstmals haben wir die Solidarpakt-Mittel 2012 komplett richtig verwendet.

Ich möchte in vier Punkten kurz darstellen, wie der jetzt vorgelegte und auch die nächsten Haushalte von bestimmten größeren Trends beeinflusst werden:

1. Dem jährlichen unterstellten Steuerplus von rund 200 Mio. € steht ein jährlicher Rückgang in etwa gleicher Höhe aufgrund der reduzierten Soli-Gelder und der abnehmenden Bevölkerung gegenüber.
2. Die Sozialleistungen werden bis 2020 insgesamt um 300 bis 400 Mio. Euro ansteigen. Ab 2015/16 könnte im Gegenzug durch die geplante Übernahme der Eingliederungshilfe durch den Bund der Landeshaushalt um vielleicht 100 Mio. € jährlich entlastet werden.
3. Die Versorgungsleistungen für pensionierte Beamte steigen um ca. 20 Mio. € pro Jahr. Zusätzlich sind jährlich 80 Mio. € an Tarifsteigerungen und für Neueinstellungen vorzusehen. Dagegen stehen jährliche Einsparungen von etwa 70 Mio. € durch das Ausscheiden von 1.500 bis 2.100 Kolleginnen und Kollegen pro Jahr.
4. Unsere Investitionen in Höhe von rund 1,3 Mrd. € werden derzeit von Bund und EU finanziert. Eigene Steuereinnahmen fließen bisher nicht in Investitionen. Wir brauchen aber auch nach 2020 eine Invest-Quote von etwa 10 Prozent – also eine Milliarde €. Ich werde mit der nächsten MiPla Vorschläge machen, wie wir das Geld erwirtschaften können. Das gilt auch für Tilgung und Vorsorge.

Ein gutes Stück Entlastung für diesen Bereich kommt außerdem aus bereits erledigten und aktuell anstehenden Strukturveränderungen in der Landesverwaltung:

- In der Finanzverwaltung sind zum Beispiel bereits in der letzten Legislatur Strukturen gestrafft worden. Das hat den Haushalt bisher um etwa 26 Mio. € entlastet. Mit der Eingliederung der Oberfinanzdirektion geht es hier weiter.
- Bei der Polizeistrukturereform mit dem Neubau der PD in Magdeburg, wo 100 Mio. € veranschlagt sind, laufen die Gespräche. Ich setze gemeinsam mit Holger Stahlknecht auf die Koalition, dass wir zu vernünftigen Lösungen kommen.

- Die Justizvollzugsreform läuft. Wir reduzieren die Zahl der Gefängnisse von acht auf drei. Und bauen dabei die JVA in Halle schrittweise bedarfsgerecht aus. Das sind keine einfachen Diskussionen für Angela Kolb.

Um es an dieser Stelle klar zu sagen: Ich weiß, dass Personalabbau für viele keinen guten Klang hat, dass damit rücksichtsloses Sparen verbunden wird. Aber niemand wurde dadurch arbeitslos, es gab auch keinen Kahlschlag. Die Personalkosten sind nun einmal einer der größten Posten im Landeshaushalt. Etwa 2,5 Milliarden € geben wir allein in diesem Bereich im kommenden Jahr aus! Wir kommen in den nächsten Jahren beim Personal ins Mittelfeld der Länder. Von 2006 bis 2020 bauen wir insgesamt mehr als 18.000 Stellen netto ab – das ist etwa ein Drittel des gesamten Landespersonals. Damit entlasten wir unseren Haushalt jedes Jahr erheblich, im Jahr 2020 um rund 800 Mio. € gegenüber 2006!

Nun glauben manche, Sachsen-Anhalt wäre mit einem neuen Solidarpakt III seine Probleme los und bräuchte seine Ausgaben gar nicht anpassen. Das ist eine trügerische Hoffnung angesichts der Milliardenüberschüsse, die Sachsen und andere neue Länder inzwischen erwirtschaften. Gleichzeitig rutschen manche alte Länder und deren Kommunen immer tiefer in die roten Zahlen. Wir müssen unsere Zukunft aus eigener Kraft meistern, und nicht weiter auf die Hilfe anderer setzen.

Und ich frage Sie: Warum sollten wir das nicht schaffen, was andere Ostländer schon geschafft haben, weil sie früher aufgestanden sind als wir? Das belegt die jüngste PWC-Studie. Die bescheinigt uns, dass wir auf dem richtigen Kurs sind, aber was durch uns auch noch zu schultern ist. Man kann solche Analysen als „betriebswirtschaftliches Herangehen“ abtun. Aber man kommt an der Realität und der Notwendigkeit eigener, belastbarer Vorschläge nicht vorbei! Aus dem bisher Gesagten wird deutlich: Sachsen-Anhalt steht definitiv nicht vor Blut-Schweiß-und-Tränen-Jahren. Aber wir stehen vor Entscheidungen, die wir – wie gesagt – nicht weiter verschieben dürfen! Das Land hat eine gute Perspektive, wenn wir jetzt nicht nachlassen. Wenn wir Kurs halten, wenn wir Strukturen straffen, wenn wir investieren und trotzdem Schulden abbauen, dann werden weitere Erfolge nicht ausbleiben!

Dann werden wir

- ein positives Wanderungssaldo erreichen.
- beispielhafte Angebote für Kinderbetreuung und Schule machen,
- die Wirtschaft wird sich weiter entwickeln, die Löhne werden steigen.

Das Kulturland Sachsen-Anhalt wird nicht zusammenbrechen, sondern noch attraktiver. Das sind anspruchsvolle Ziele, aber keine Träumereien. Manches davon ist auch nur zu erreichen, wenn die Weichen bei der Finanzverteilung auch weiterhin zwischen EU, Bund und Ländern richtig gestellt werden. Aber dafür gibt es gute Anzeichen.

Die für uns wichtige Neuprogrammierung der EU Mittel für die Jahre 2014-2020 diskutieren wir gerade in Berlin und Brüssel. Bund und Länder werden kurz nach der Bundestagswahl die Föderalismus-Kommission III einberufen. Im Mittelpunkt steht die Frage nach einer grundlegenden Reform der Finanzverfassung. Da geht es zum Beispiel um einen Entschuldungs-Fonds für die über 600 Mrd. € Schulden aller Bundesländer. Es wird darum gehen, ob der solidarische Föderalismus unter Einbeziehung der Kommunen weiter gestärkt wird. Oder ob der Wettbewerbs-Gedanke forciert wird,

der allerdings die Unterschiede zwischen den Bundesländern zementiert. In diese Diskussionen werden wir uns als Sachsen-Anhalt offensiv einbringen.

Ich weiß natürlich, dass kein Haushalt den Landtag so verlässt, wie er eingebracht wurde. Und ich setze auf konstruktive Vorschläge und Konzepte, von wem auch immer sie kommen. Mir ist klar, dass das Bessere immer der Feind des Guten ist. Und ich weiß so gut wie Sie, dass Kompromisse zur Demokratie gehören. Gestatten Sie mir am Schluss noch eine persönliche Anmerkung. Ich bin schon lange dabei. Und ich nehme für mich in Anspruch, seit geraumer Zeit gerade Linien in der Finanzpolitik zu ziehen und immer wieder Konzepte vorgelegt zu haben. Wobei natürlich auch ich in den letzten 20 Jahren nicht fehlerfrei war.

Vor diesem Hintergrund habe ich die Bitte: Gehen Sie mit den Vorschlägen kritisch ins Gericht. Veränderungen sind für mich kein Gesichtsverlust, auch wenn manche das vermuten mögen.

Ich will nicht Recht haben, ich will die besten Lösungen. Also lassen Sie uns alle gemeinsam nicht nur auf schnellen Beifall zielen.

Wir leben in einem Land, das viele Voraussetzungen für eine gute Entwicklung in sich trägt. Lassen Sie uns die Kräfte des Landes weiter freisetzen und den Menschen sagen: Wir in Sachsen-Anhalt haben Grund zur Zuversicht.

Wir in Sachsen-Anhalt haben gute Aussichten, wenn wir uns nicht bange machen lassen und wenn wir zusammenbleiben. Wir brauchen weiter Ausdauer und einen klaren Kompass, um Kurs zu halten.

Wenn diese Botschaften auch von der heutigen Debatte ausgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann sind wir wieder einen großen Schritt vorangekommen.

Ich danke Ihnen.